

Freiheitliche Landtagsfraktion
Silvius-Magnago-Platz 6
I - 39100 Bozen (BZ)
Tel.: +39 0471 946158
freiheitliche@landtag-bz.org
freiheitliche@pec.prov-bz.org
die-freiheitlichen.com

An den
Präsidenten des Südtiroler Landtages
Herrn Dr. Josef Noggler
Bozen

Bozen, den 3. Juli 2019

ANFRAGE

Fehlentwicklung bei sozialen Netzen

Aus der Landeszeitung „LP - Land Südtirol“ Nr. 2-2019 ist auf den Seite 18 und 19 unter anderem Folgendes zu entnehmen:

„Bedürftige Einzelpersonen oder Familien können auch im Bereich des Wohnens mit Unterstützung des Landes rechnen. So werden Beiträge für die Miete und die Wohnungsnebenkosten gewährt. Das Land hat dafür im Vorjahr 41 Millionen Euro ausgegeben. Das Geld kam rund 13.500 Haushalten zugute. Sowohl das Mietgeld, als auch das soziale Mindesteinkommen wird EU-Bürgern ebenso gewährt wie Nicht-EU-Bürgern. Letztere beanspruchen beim Mindesteinkommen 36 beziehungsweise beim Mietgeld 43 Prozent des Gesamtbetrages beanspruchen, aber so gut wie kein Pflegegeld erhalten.“

Abgesehen von den grammatikalischen Unsicherheiten fällt auf, dass die Nicht-EU-Bürger bei der Zuweisung beim Mindesteinkommen und beim Mietgeld überproportional vertreten sind. Gegen diese Fehlentwicklung, welche der Landesregierung seit vielen Jahren bekannt ist, wurden nach wie vor keine Schritte in die Wege geleitet.

Daraus ergeben sich folgende Fragen an die Landesregierung verbunden mit der Bitte um schriftliche Antwort:

1. Weshalb hat die Landesregierung bis zum heutigen Tag keine Maßnahmen in die Wege geleitet, damit die sozialen Netze Mindesteinkommen und Mietgeld primär der einheimischen Bevölkerung zugutekommen und nicht als weitere Einwanderungsanreize dienen?
2. Gedenkt die Landesregierung gesetzliche Schritte dahingehend einzuleiten, damit sich die Zuweisung des Mindesteinkommens und des Mietgeldes bei Nicht-EU-Bürgern an deren tatsächlichen Bevölkerungsanteil in Südtirol orientiert? Wenn Nein, aus welchen Gründen nicht?
3. Teilt die Landesregierung angesichts der oben dargelegten Fakten die Ansicht, dass die Einwanderung von Nicht-EU-Bürgern nach Südtirol die sozialen Netze überbeanspruchen? Wenn Nein, aus welchen Gründen nicht?
4. Liegt es im Sinne der Autonomie und des Minderheitenschutzes der deutschen und ladinischen Volksgruppen, dass Nicht-EU-Bürger bei bestimmten sozialen Leistungen überproportional vertreten sind? Wenn Ja, bitte um eine ausführliche Begründung?



L. Abg. Ulli Mair



**DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI**